

AUS UNSEREN

HOCHSCHULEN

Studenten der Humboldt-Universität richten Aufforderung an SPD-Vorstand

40 Studenten der Berliner Humboldt-Universität, die gemeinsam mit 17 Kommilitonen der Moskauer Lomonossow-Universität in Schwedt/Oder einen Arbeitseinsatz leisteten, spendeten von ihrem Lohn 1115 Mark für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk.

Die Studenten richteten einen Brief an den Parteivorstand der SPD, in dem sie ihn auffordern, zu einer großen Protest- und Solidaritätsaktion unter der westdeutschen Bevölkerung aufzurufen und damit die Kräfte der Arbeiterjugend, der Gewerkschaften, der Intelligenz und auch der Studenten zu vereinen, die die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes unterstützen. In dem Schreiben heißt es: „Die SED, deren Politik wir schätzen und unterstützen, hat schon längst all das getan. Menschlichkeit und kämpferischer Humanismus gehören seit je zu den Grundzügen ihrer Politik. Seitens des Parteivorstandes der SPD bedarf es noch des Beweises, daß er die laut geführten Reden von der Menschlichkeit ernst meint. Das gilt für Vietnam wie für die Probleme der deutschen Friedensregelung.“ Weiter heißt es in dem Brief der Studenten: „daß sie sich eng mit den Arbeitern des VEB Bau- und Montage-Kombinat Schwedt zusammenschließen und gemeinsam die Solidarität für unsere kämpfenden Brüder in Vietnam noch verstärken. Wir werden einen Tag für sie arbeiten. Die Haltung des SPD-Vorstandes in der Vietnam- und in der deutschen Frage wird Gegenstand der Gespräche mit der Jugend des Werkes sein.“

DHK-Studenten finanzieren Studium für junge Vietnamesen

Die FDJ-Organisation der Deutschen Hochschule für Körperkultur schlug dem Rektor der Hochschule vor, zur Unterstützung des kämpfenden vietnamesischen Volkes im neuen Studienjahr zwei vietnamesische Jugendliche zusätzlich als Studenten an der DHK aufzunehmen. Das Stipendium für sie wollen die DHK-Studenten durch freiwillige Spenden aufbringen. 200 FDJ-Mitglieder der Hochschule, die an einer Protestversammlung gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam teilnahmen, erklärten sich bereit, ein Prozent ihres Stipendiums für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Eine Seminargruppe dreißigjähriger Absolventen spendete 90 Mark.

FDJ-Studentenbrigade nach Ulan-Bator

Eine FDJ-Studentenbrigade ist am Sonntag in die Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik abgereist, um dort bis Mitte Oktober bei der Beseitigung von Umweltschäden mitzuhelfen. Der Delegation gehören 90 Studenten und FDJ-Funktionäre aus 26 Universitäten, Hochschulen und Fachschulen der DDR an. Ein großer Teil von ihnen hat eine abgeschlossene Berufsausbildung und wurde für gute fachliche Leistungen ausgezeichnet.

Der Leiter der „FDJ-Studentenbrigade 66“, Wolfgang Rudolph, Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Dresden, erklärte vor der Abreise: „Wir wissen, daß diese Fahrt nicht irgendein Arbeitseinsatz ist, sondern daß wir unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen und an uns hohe Anforderungen gestellt werden. Alle Mitglieder der Studentenbrigade sind gut darauf vorbereitet.“

AUS

WESTBERLIN

Afrikanische Studenten und Westberliner wichen nicht der Polizeigewalt

Nachdem bereits am Dienstag voriger Woche zahlreiche ausländische und deutsche Studenten sowie Westberliner Bürger mit Pfiften, Sprechchören und Sturm des Podiums ihrem heftigen Protest gegen die Aufführung des Rassenhetzfilms „Africa addio“ im Westberliner Filmtheater „Astor“ Ausdruck gegeben hatten und am Donnerstag Tausende dem Aufruf des deutsch-afrikanischen Protestkomitees gefolgt waren, um vor dem Kino am Kurfürstendamm gegen eine weitere Aufführung des Machwerks zu demonstrieren, mußte der Film am Freitag abgesetzt werden. Er soll jedoch, wie der Senat verlauten ließ, in anderen Kinos gezeigt werden, da es unmöglich sei, Abend für Abend Hunderte Polizisten zur Absperzung des Kurfürstendamms einzusetzen. Die Polizei mißhandelte bei der Demonstration Westberliner und in Westberlin studierende farbige Studenten und verhaftete wahllos.

Der Afrikanische Studentenbund in Westberlin hatte in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, das am Donnerstag im Schöneberger Rathaus übergeben wurde, gegen die Aufführung protestiert.

Faschistische Elemente drohten dem SDS, der Flugblätter gegen den Film verteilt hätte, sein Büro in Brand zu stecken. Die Springerpresse beschimpfte die Demonstration als Radaubruder, die keine Filmzensur ausüben dürften, und sie warnte davor, dem „Druck der Straße“ nachzugeben.

AUS DEM

AUSLAND

USA-Wissenschaftler gegen Kernwaffenverbreitung

Die Vereinigung der amerikanischen Wissenschaftler forderte in einer am Sonnabend veröffentlichten Erklärung zum 21. Jahrestag der Zerstörung Hiroshimas durch eine amerikanische Atombombe die USA-Regierung auf, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern und einem entsprechenden Vertrag zuzustimmen. Der Verband, dem 2500 Wissenschaftler und Ingenieure angehören, hebt in der Erklärung her-

Im Juli 1946 wurde ein lange erörtertes Vorhaben hervorragender Wissenschaftler verwirklicht: Vertreter von 18 Wissenschaftlerorganisationen aus 14 Ländern gründeten in London die Weltföderation der Wissenschaftler.

Nach stand die Welt unter dem Eindruck der verheerenden Folgen des zweiten Weltkrieges und besonders der barbarischen Atombombenabwürfe der US-Air-Force auf Hiroshima und Nagasaki. Und noch immer quälte viele bedeutende Gelehrte, vor allem Kernphysiker, die Frage, ob sie ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber der Menschheit gerecht geworden sind und was für die Zukunft zu tun sei, um einen Mißbrauch der Wissenschaft auszuschließen. Die Weitsichtigsten und Verantwortungsbewußtesten waren sich einig: Möglichst alle Wissenschaftler aller Länder sollten gewonnen werden, bewußt, ziel-

mitglieder Malek (CSSR) und Oparin (UdSSR) erschien auch der unseres verehrten Kollegen Prof. Budzislowski in den Listen der Leitungsgremien der Föderation. Auf der 8. Vollversammlung 1965 wurde Prof. Budzislowski in Anerkennung seiner langjährigen und erfolgreichen Mitarbeit im Exekutivrat und der bedeutenden Rolle der Gewerkschaft Wissenschaft in der WPW zum stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivrates gewählt.

Blickt man nach zwanzigjähriger Entwicklung auf die von der WPW geleistete Arbeit zurück, so kann man nicht nur bemerken, daß die Zahl der Mitglieder und der Mitgliedsorganisationen beträchtlich gewachsen ist (in etwa 300 000 Wissenschaftler aus 25 Ländern), sondern vor allem muß hervorgehoben werden, daß sich die Föderation hervorragende Verdienste im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr, für

Internationale 300000 fortschrittlicher Gelehrter

Vor 20 Jahren wurde die Weltföderation der Wissenschaftler gegründet Von Prof. Dr. Gerhard Müller, Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung

strebig und mit größtmöglichem Erfolg die Wissenschaft ausschließlich zum Wohle der Menschheit zu betreiben.

Dabei verdiente besondere Aufmerksamkeit alles, was dazu beitragen konnte, den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu fördern.

Prof. Joliot Curie, der Gründungspräsident der WPW, schrieb damals: „Immer häufiger wurde seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts Furcht und Mißtrauen geäußert wegen einiger übler Folgen der Wissenschaft. Einige Menschen gehen sogar so weit, daß sie den Wert der Wissenschaft als Zivilisationsfaktor in Zweifel ziehen. Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Atombombe haben die Verwirrung noch vergrößert, sowohl der Wissenschaftler selbst als auch der Allgemeinheit in ihrer Einstellung zur Wissenschaft.“

Von solchen und ähnlichen Gedanken ließen sich jene Wissenschaftler leiten, die nach langjährigem Überlegen und vielen persönlichen Aussprachen die Initiative zum internationalen Zusammenschluß fortschrittlicher Wissenschaftler und Wissenschaftlerorganisationen ergriffen. Zu ihnen gehören neben Nobelpreisträger Prof. Fr. Joliot-Curie auch die Nobelpreisträger Prof. C. F. Powell (derzeitiger Präsident unserer WPW), Prof. Linus Pauling und Prof. J. D. Bernal (beide jahrelang Vizepräsidenten der WPW) sowie die Professoren E. H. S. Burhop und P. Biquard (derzeitiger Generalsekretär der WPW).

Die 1. Vollversammlung der WPW (1948) diskutierte und verabschiedete die „Statuten der WPW“ und die „Charta der Wissenschaftler“. Damit wurden die verbindlichen Grundlagen und Zielstellungen für die WPW beschlossen und der Öffentlichkeit unterbreitet. Neben anderen Gästen nahm auch der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Saillant, an diesem Kongreß teil. Prof. Joliot Curie, Präsident der WPW, war damals auch gleichzeitig Präsident des Weltfriedensrates. So fand das tiefe humanistische Anliegen der Weltföderation seinen Widerhall in den Reihen von Millionen Werktätigen und der großen Friedensbewegung, die sich über den ganzen Erdball erstreckt.

Das 1953 gegründete Prater Regionalzentrum der WPW für die volkdemokratischen Staaten Europas und die Sowjetunion hatte wesentlichen Anteil daran, daß schließlich Wissenschaftlerorganisationen aller sozialistischen Länder Europas Mitglied der WPW wurden. Mit Stolz können wir feststellen, daß unsere Gewerkschaft Wissenschaft von Anfang an eine aktive Rolle in der Föderation gespielt hat und spielt. Neben den Namen der Akademie-

die Entfaltung der Wissenschaft in den jungen Nationalstaaten, bei der Förderung des Erfahrungsaustausches über Fragen der Hochschulausbildung und -erziehung sowie der Planung der Wissenschaftler erwarben hat. Es ist zur guten Tradition geworden, daß die Generalversammlungen der WPW immer mit einem Symposium zu brennenden Problemen der Wissenschaftsentwicklung verbunden wurden.

Sehr unterschiedlich waren und sind auch heute noch die Struktur, die gesellschaftliche Rolle und Stellung der einzelnen Mitgliedsorganisationen der WPW in ihren Ländern. Es gibt zum Teil große Unterschiede in den weltanschaulichen und auch politischen Auffassungen, aber es gibt Gemeinsamkeiten, die diese Differenzen überbrücken und dazu führten, daß die WPW als fortschrittliche „Internationale der Wissenschaftler“ die Zeiten internationaler Spannungen und innerer Spaltungsversuche überstand und heute stärker und größer denn je ist.

Neben der Schriftenreihe „Wissenschaft und Menschheit“ hat die Zeitschrift „Wissenschaftliche Welt“ bedeutenden Anteil an der Propagierung der Ziele der Weltföderation und der Ergebnisse ihrer Arbeit.

Wenn in diesen Tagen die Wissenschaftler unserer Republik gemeinsam mit den Arbeitern und anderen Werktätigen flammenden Protest gegen die USA-Kriegsverbrechen in Vietnam erheben, vielfältige Verpflichtungen zur allseitigen Stärkung unserer Republik abgeben, gegen die herausfordernde, friedensgefährdende Politik Bonns auftreten, dann erfüllen sie u. a. auch eine Verpflichtung, die ihnen durch unsere Mitgliedschaft in der WPW auferlegt wurde:

„Die Mitglieder der WPW sind der Überzeugung, daß die Massenvernichtung durch den Mißbrauch der Wissenschaft einzig durch die Ausschaltung des Krieges als Mittel internationaler Politik verhindert werden kann. Kriege können nur verhindert werden, wenn die Völker der Welt die Kriegursachen erkennen und im stande sind und gewillt sind, für die Beseitigung dieser Ursachen zu sorgen.“

So sind die 20 Jahre des Bestehens der WPW 20 Jahre des Ringens um Frieden, das Glück und das Wohl der Menschheit durch die verantwortungsbewußten Wissenschaftler der Welt. Die Wissenschaftler der sozialistischen Länder wissen sich dabei eins mit ihren Regierungen und dem zutiefst humanistischen Charakter ihrer Gesellschaftsordnung. Das erfüllt uns mit Stolz und läßt uns zuversichtlich in die Zukunft blicken.

vor, eine Abrüstung, gekoppelt mit friedlichen Schritten zur Lösung internationaler Konflikte, sei die Voraussetzung für die Schaffung einer echten Sicherheit.

Militärregierung terrorisiert Universität Buenos Aires

Die argentinische Militärregierung Onganía hat alle Universitäten und Hochschulen des Landes geschlossen. Die Repressalie wurde vorerst bis zum 16. August befristet. In dieser Zeit sollen die Hochschulen „reorganisiert“ werden. In der Woche zuvor hatte die Regierung, um alle oppositionellen Regungen der Studenten zu unterdrücken, bereits die Autonomie der Universitäten aufgehoben. Als Polizei die Universität Buenos Aires besetzte, war es zu schweren Zusammenstößen gekommen.

In einem Korrespondentenbericht vom 1. August über diese Ereignisse heißt es:

„Über hundert Professoren und Studenten sind systematisch und brutal von der Polizei verprügelt worden, die zum erstenmal in der Geschichte Argentiniens in verschiedene Institute der Universität von Buenos Aires eindringt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. 119 von ihnen, darunter acht Professoren, befanden sich am Sonntag noch in Polizeigewahrsam.“

Der unprovokierte und gut organisierte Angriff fand wenige Stunden nach der Beschlagnahme der acht staatlichen Universitäten Argentiniens durch die Militärregierung unter Präsident Juan Carlos Onganía statt. Den Fakultätsdekanen wurde befohlen, binnen 48 Stunden der Regierung ihre Loyalität zu erklären oder zurückzutreten. Der Rektor der Universität Buenos Aires, Hilario Fernandez Long, und acht der zehn Dekane traten sofort zurück. Die Dekane der Rechts- und der Medizinischen Fakultät sagten am Sonntag, daß sie den Erlaß noch prüfen.

Inzwischen sind auch die Rektoren der Universitäten La Plata, Cordoba und Del Litoral zusammen mit den meisten ihrer Dekane zurückgetreten.“

Es wird die Vermutung geäußert, daß das Militärregime die freigewordenen Ämter mit Professoren der katholischen Universitäten Santa Fé und Cordoba sowie der beiden katholischen Hochschulen von Buenos Aires besetzen wird.

Ein Augenzeuge des Polizeieinfalles, Professor Ambrose, berichtet:

„Die Polizei drängte... in das Gebäude ein und schloß mit Tränengas. Wir mußten uns mit dem Gesicht zur Wand und erhobenen Händen an den Wänden aufstellen. Ungefähr 300 Studenten und 20 Lehrer waren anwesend. Als wir, vom Tränengas geblendet, an den Wänden der Hörsäle standen, begann die Polizei, uns zu verprügeln. Dann wurden wir einzeln ins Freie geholt und gezwungen, durch eine Doppelreihe von Polizisten zu laufen. Ich bekam sieben oder acht harte Schläge, ich habe einen gebrochenen Finger. Niemand leistete Widerstand. Das Tränengas und die Flüche der Polizei hatten uns in panische Schrecken versetzt.“

Der Direktor des neuen Radio-Observatoriums in La Plata, Professor Carlos Varovsky, erlitt einen Schädelbruch. Der etwa 70jährige Geologe Felix Gonzalez Bonorino hatte einen blutüberströmten Kopf. Wir wurden in Lastwagen getrieben und zu einer Polizeiwache gefahren. Ich wurde gegen drei Uhr früh entlassen. Fast alle anderen mußten bleiben. Wir erhielten keine Erklärung für die Ausschreitungen der Polizei, die mir unbegreiflich sind.“

Inzwischen haben über 1000 Professoren und Assistenten der Universität von Buenos Aires ihr Amt niedergelegt, um gegen die von der Militärregierung getroffenen Maßnahmen zur Zerschlagung aller oppositionellen Regungen an den Universitäten und Hochschulen des Landes zu protestieren.

Pädagogin mit weltweiter Wirkung

Am 31. Juli wurde Genossin Prof. Katharina Harig 65 Jahre alt

Angehörige des Herder-Instituts schreiben uns:

Wir kennen Genossin Professor Harig als eine energische, mutige, kämpferische, der Sache unserer Partei und unseres sozialistischen Staates treu ergebene Genossin. Wir kennen sie als ehemalige Direktorin des Herder-Instituts und damit als Pädagogin und Erzieherin nicht nur der vielen ausländischen Studierenden, sondern auch als Erzieherin des Lehrkörpers und aller Mitarbeiter ihres Instituts.

Als Genossin Prof. Harig am 1. Januar 1958 mit der Leitung des Instituts für Ausländerstudium beauftragt wurde, verband sich damit nicht nur die Leitung der Bildungs- und Erziehungsarbeit in dieser damals noch sehr jungen Einrichtung; es galt zugleich, das Ausländerstudium in der DDR den Erfordernissen der nationalen und internationalen Situation entsprechend weiterzuentwickeln.

Bereits am 12. Juni 1961, als dem Institut von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der verpflichtende Name des großen deutschen Humanisten Herder verliehen wurde, war bewiesen, daß Genossin Professor Harig den ihr übertragenen Auftrag erfüllt hatte. Wenn heute überall in der Welt der Name „Herder-Institut“ gleichsam als Synonym für gute sprachliche und fachliche Vorbereitung ausländischer Studenten auf ein Hoch- und Fachschulstudium in der Republik und als Synonym für Völkerverständnis und internationale Solidarität steht, so ist das in besonderem Maße ein Verdienst ihres unermüdbaren Wirkens im In- und Ausland.

Als Direktorin des Herder-Instituts forderte sie viel von ihren Genossen und Kollegen: ein Höchstmaß an Exaktheit bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben, freudige Bereitschaft bei der Lösung aller Probleme, die sich in der nicht selten komplizierten politisch-ideologischen und pädagogisch-fachlichen Arbeit ergaben, und schließlich Kämpfergeist bei der Überwindung aller Schwierigkeiten.

Genossin Harig verstand, Menschen zu führen. Hier fand sie die notwendige Strenge, dort die förderliche, liebevolle Ermahnung und Ermunterung. So ist es kein Wunder, daß eine wesentliche Etappe in der Entwicklung des Ausländerstudiums in unserer Republik mit ihrem Namen aufs engste verbunden ist.

Das Leben hat Genossin Harig kämpfen gelehrt. Schon als Junglehrerin und Studentin fühlt sie sich dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet und findet in dieser Zeit bereits den Weg über eine kommunistische Studentengruppe zur Kommunistischen Partei Deutschlands, 1933 – kurz vor dem Staatsexamen – wird sie von den Faschisten vom Studium ausgeschlossen. 1934 geht sie in die Sowjetunion und ist sich bewußt, daß sie hier als Deutsche zu beweisen hat: Es gibt trotz Hitler ein anderes, ein besseres Deutschland. Sie arbeitet als Lehrerin in verschiedenen Schulen und als Lektorin an der Leningrader Universität.

1940 kehrt sie in die Heimat zurück und erfüllt ihre Pflicht dort, wo sie von Partei und Regierung eingesetzt wird. Sie lehrt Sowjetpädagogik an unserer Universität, sie wird Mitarbeiterin im ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und leitet schließlich bis 1964 das Herder-Institut.

Mit der Verleihung höher staatlicher und gesellschaftlicher Auszeichnungen wie der Clara-Zetkin-Medaille, der Friedensmedaille, dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber wurde ihre unermüdbare, aufopferungsvolle pädagogische Tätigkeit, die sie im Dienste unserer Partei und Regierung vollbracht, gewürdigt.

Mögen unserer Genossin Professor Katharina Harig noch viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft beschieden sein, mögen ihr diese Jahre, die sie in direkter Fortführung ihres erfüllten Pädagogenlebens der Arbeit in der Liga für Völkerverständnis widmet, Freude und Erfolge bringen.

In einer Grußadresse würdigte das Zentralkomitee der SED die Jubiläum als vorbildliche Parteilichkeit und Pädagogin. Heroergehen werden ihr großer Anteil an der Entwicklung des Bildungswesens in der DDR, insbesondere ihr bleibendes Verdienst, dem Herder-Institut zu jenem Ansehen verholfen zu haben, das es heute genießt.

Brasilianische Studenten gegen Militärregime

Die Nationale Studentenunion Brasiliens hat trotz Verbots ihren 28. Kongreß in Belo Horizonte abgehalten, wie die Union laut Reuter bekanntgab. Die Studentenvertreter hatten sich in ein Franziskanerkloster zurückziehen müssen, nachdem die Regierung den Kongreß verboten und die Organisation – wie auch der Studentenunion des Staates Minas Gerais – für ein halbes Jahr jede Betätigung untersagt hatte. Die Studenten wählten unter der Belagerung von 4000 Soldaten ihre neue Führung und beschlossen, ihren Kampf „gegen die Diktatur, die sich im April 1964 selbst an die Macht brachte“, fortzusetzen.

In ihrem Kampfprogramm, das vom Kongreß angenommen wurde, setzt sich die Nationale Studentenunion für die Beseitigung des Militärregimes, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, Garantie der Autonomie der Universitäten und Freiheit der Wissenschaften, die Wiederherstellung des Streikrechts und die Freiheit der politischen Betätigung im Lande ein.

Die Union forderte die Freilassung der rund 100 Studenten, die in der letzten Zeit verhaftet worden sind.

Gastdozenten ausgewiesen

Das Smith-Regime in Rhodesien hat vergangene Woche vier Gastdozenten, die unter dem Vorwand der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ in Salisbury verhaftet worden waren, unter starker Polizeibewachung in das benachbarte Sambia abgeschoben lassen. Bei den Ausgewiesenen handelt sich um einen britischen, einen norwegischen und einen italienischen Staatsbürger.